

Steuerberatungsvertrag

(„Vertrag“)

zwischen

DigitalService GmbH des Bundes
Prinzessinnenstr. 8-14
10969 Berlin

- Im Folgenden „**DigitalService**“ -

und

xxxx

- Im Folgenden „**Steuerberater**“ -

- DigitalService und Steuerberater gemeinsam nachfolgend die **Vertragsparteien**

-

1. Inhalt und Umfang des Auftrags

Der Umfang des Auftrags umfasst sowohl Dienstleistungen im Bereich der Lohnbuchhaltung als auch Beratungsleistungen im Bereich des Steuerrechts und sonstige Steuerberatungsleistungen (z.B. Kontroll- und Beratungsleistungen im Bereich des Jahresabschlusses).

Die Leistungen sind unter Nutzung eines marktüblichen Buchhaltungs- und Abrechnungssystems zu erbringen, wie beispielsweise DATEV Rechnungswesen, DATEV LODAS oder funktional gleichwertige Systeme, die insbesondere die Finanzbuchhaltung, die Lohn- und Gehaltsabrechnung sowie eine digitale Zusammenarbeit und einen sicheren Dokumentenaustausch ermöglichen.

Die nachfolgend aufgeführten Unterlagen bilden in ihrer Gesamtheit den Vertrag. Im Falle von Widersprüchen, Unklarheiten oder Abweichungen zwischen den einzelnen Vertragsbestandteilen gilt die nachstehende Rangfolge:

- Leistungsbeschreibung (Anlage-02)
- Steuerberatungsvertrag
- Bezuschlagtes Angebot einschließlich Preisblatt und eingereichten Anlagen

Der Auftrag erstreckt sich auf folgende Tätigkeiten und gilt bis zur Ende der Vertragslaufzeit, so wie sie unter Ziffer 9 geregelt ist:

a. Lohn- und Gehaltsabrechnung

Der Steuerberater übernimmt die monatliche Lohn- und Gehaltsabrechnung für die Mitarbeitenden des Auftraggebers. Der Steuerberater stellt sicher, seine personellen und organisatorischen Kapazitäten jederzeit flexibel an den tatsächlichen, dynamischen Personalbestand des Auftraggebers anzupassen.

i. Leistungsumfang

Der Leistungsumfang umfasst insbesondere:

- Durchführung der monatlichen Lohn- und Gehaltsabrechnung
- Führung der Lohnkonten
- Erstellung von Meldungen und Bescheinigungen
- Übermittlung aller erforderlichen Meldungen an Sozialversicherungsträger, Finanzämter und weitere relevante Stellen
- Erstellung von Jahresmeldungen und Lohnjournalen
- Kommunikation mit Behörden (z. B. Krankenkassen, Finanzämter, Berufsgenossenschaften)
- Beratung zu lohnsteuer- und sozialversicherungsrechtlichen Fragestellungen
- Unterstützung bei Prüfungen (z. B. Sozialversicherungsprüfungen, Betriebsprüfungen)
- Beratung und Bearbeitung von Sonderthemen (z. B. betriebliche Altersvorsorge, Sachbezüge, Auslandsentsendungen)
- Erstellung von Auswertungen und Berichten (z. B. in Excel) auf Anforderung des Auftraggebers

ii. Systeme

- Die Abrechnung erfolgt über DATEV LODAS oder ein funktional gleichwertiges System.
- Der Steuerberater stellt sicher, dass alle eingesetzten Systeme den geltenden datenschutzrechtlichen Anforderungen (insbesondere DSGVO und BDSG) entsprechen.

iii. Personal / Betreuung

- Es ist eine feste Ansprechperson zu benennen.
- Die persönliche Betreuung erfolgt mit einem durchschnittlichen monatlichen Stundenkontingent von mind. 25 Stunden.

- Der Steuerberater stellt eine qualifizierte Vertretung der benannten Ansprechperson mit gleichwertiger fachlicher Qualifikation sicher.

iv. Erreichbarkeit

- Während des Abrechnungszeitraums (15. bis 23. Kalendertag eines Monats) ist eine Erreichbarkeit werktags von 09:00 bis 17:00 Uhr sicherzustellen.

v. Service-Level

- Anfragen des Auftraggebers sind innerhalb von zwei Werktagen zu beantworten.

b. Steuerrechtliche Beratung

Der Steuerberater erbringt umfassende steuerrechtliche Beratungsleistungen.

i. Leistungsumfang

Der Leistungsumfang umfasst insbesondere:

- Laufende steuerliche Beratung (z. B. zu Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer)
- Unterstützung bei steuerrechtlichen Fragestellungen
- Erstellung der erforderlichen Steuererklärungen
- Vertretung gegenüber Finanzbehörden
- Unterstützung und Begleitung bei Betriebsprüfungen
- Steuerliche Gestaltungsberatung
- Beratung im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss
- Unterstützung im Rahmen der Wirtschaftsprüfung
- Proaktive Information über relevante steuerliche Änderungen

ii. Systeme

- Die Leistungen erfolgen unter Nutzung eines marktüblichen Buchungssystems (z. B. DATEV oder ein funktional gleichwertiges System).

c. Übergang/Onboarding

Der Steuerberater unterstützt den Auftraggeber beim Übergang der Leistungen vom bisherigen Dienstleister.

Dies umfasst insbesondere:

- Übernahme und Prüfung bestehender Daten
- Sicherstellung eines reibungslosen Übergangs der Abrechnungsprozesse
- Abstimmung mit dem bisherigen Dienstleister

- Umzug des DATEV Mandanten zu einem neuen Dienstleister

2. Rechte und Pflichten des Steuerberaters

- a. Der dem Steuerberater erteilte Auftrag wird vom ihm nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung Tätigkeiten, die nicht zum Aufgabengebiet eines Steuerberaters gehören und die von ihm nicht ausgeübt werden dürfen, etwa eine allgemeine Rechtsberatung ohne steuerlichen Bezug, sind nicht Gegenstand dieses Vertrages. Dieser Vertrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten oder anderen Stellen dar. Etwaige Vollmachten werden gesondert erteilt.
- b. Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zugrunde legen. Soweit eine Unrichtigkeit festgestellt wird, verpflichtet er sich, den Auftraggeber auf diese Unrichtigkeit hinzuweisen. Eine Überprüfung der Richtigkeit im Ganzen erfolgt nur, wenn dazu schriftlich ein Auftrag erteilt wurde. Der Auftraggeber wurde darauf hingewiesen, dass eine unterlassene oder verspätete Abgabe einer Umsatzsteuervoranmeldung ebenso wie eine unvollständige oder unrichtige Umsatzsteuervoranmeldung eine Steuerhinterziehung darstellt.
- c. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwahrenden Handlungen berechtigt und verpflichtet.
- d. Der Steuerberater verpflichtet sich, über alle ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangenden Tatsachen Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Verpflichtung entbindet. Der Steuerberater kann verlangen, dass ihm diese Erklärung schriftlich erteilt wird. Der Steuerberater darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.
- e. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- f. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang wie für den Steuerberater, auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.
- g. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch

insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.

- h. Darüber hinaus besteht keine Verschwiegenheitspflicht, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine - vom Steuerberater abgelegte und geführte - Handakte genommen wird.
- i. Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben unberührt.
- j. Der Steuerberater ist berechtigt, Mitarbeiter, fachkundige Dritte und datenverarbeitende Unternehmen für die Ausführung des Auftrags heranzuziehen. Dabei hat der Steuerberater dafür zu sorgen, dass diese sich zur Verschwiegenheit entsprechend der für den Steuerberater geltenden Regelungen verpflichten.
- k. Der Steuerberater ist berechtigt, allgemeinen Vertretern nach § 69 StBerG und Praxistreuändern nach § 71 StBerG für den Fall ihrer Bestellung Einsichtnahme in die Handakten gem. § 66 Abs. 2 StBerG zu verschaffen.

3. Mitwirkung Dritter

Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter und unter den Voraussetzungen des § 62a StBerG auch externe Dienstleister (insbesondere datenverarbeitende Unternehmen) heranzuziehen. Die Beteiligung fachkundiger Dritter zur Mandatsbearbeitung (z. B. andere Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte) bedarf der Einwilligung und des Auftrags des Auftraggebers. Der Steuerberater ist nicht berechtigt und verpflichtet, diese Dritten ohne Auftrag des Auftraggebers hinzuzuziehen.

4. Elektronische Kommunikation, Datenschutz

a. Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsverarbeitung zu übertragen.

b. Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern dieser Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Ziff. 2 Abs. d. der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.

c. Der Auftraggeber wird darauf hingewiesen, dass die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel (E-Mail etc.) mit Risiken für die Vertraulichkeit der Kommunikation verbunden sein kann. In Kenntnis dessen stimmt der Auftraggeber der Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel durch den Steuerberater zu.

d. Der Steuerberater verpflichtet sich zur Einhaltung aller geltenden Datenschutzbestimmungen gemäß der DSGVO, des BDSG, StBerG, DVStB, BOSTB und § 203 StGB. Alle im Rahmen des Auftrags bekannt gewordenen Informationen sind streng vertraulich zu behandeln und dürfen nicht an unbefugte Dritte weitergegeben werden.

e. Die Verarbeitung sämtlicher personenbezogener Daten (inkl. Lohnabrechnungs- und Personaldaten) hat ausschließlich in zertifizierten Rechenzentren mit Standort innerhalb der EU/EWR zu erfolgen.

f. Die Datenverarbeitung muss vollständig den Anforderungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) entsprechen. Dies ist durch eine gültige Zertifizierung oder durch Vorlage eines entsprechenden Datenschutz- Berechtigungs- und Schutzkonzepts zu belegen.

g. Eine Auftragsverarbeitung außerhalb der EU/EWR (inkl. Subunternehmer) ist nur zulässig, sofern ein angemessenes Datenschutzniveau gem. Art. 44 ff. DSGVO nachgewiesen wird.

h. Der Steuerberater führt ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten im Sinne von Art. 30 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung und stellt es dem Auftraggeber auf Nachfrage zur Verfügung.

i. Der Steuerberater verpflichtet sich, die Hinweise für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch Steuerberater und steuerberatende Berufsausübungsgesellschaften der Bundessteuerberaterkammer in der jeweils aktuellen Fassung, zu beachten.

5. Mängelbeseitigung, offenbare Unrichtigkeiten

a. Der Auftraggeber hat gegen den Steuerberater einen Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Er hat dem Steuerberater innerhalb einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben.

b. Beseitigt der Steuerberater die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt der Steuerberater die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Steuerberaters die Mängel durch einen Dritten beseitigen lassen bzw. Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen.

c. Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit, auch Dritten gegenüber, berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die

Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechtigte Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

6. Haftung

a. Die Haftung des Steuerberaters und seiner Erfüllungsgehilfen für einen Schaden, der aus einer oder – bei einheitlicher Schadensfolge – aus mehreren Pflichtverletzungen anlässlich der Erfüllung eines Auftrages resultiert, wird auf einen Betrag von 1 Mio. Euro pro Schadensfall begrenzt (§ 67a Abs. 1 Nr. 2 StBerG i.V.m. § 52 Abs. 3 DVStB). Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

b. Die Haftungsbeschränkung gilt rückwirkend von Beginn des Auftragsverhältnisses an und erstreckt sich auf die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters für den Auftraggeber, also insbesondere auch für die Ausweitung des Auftragsinhalts; einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht.

c. Die Haftungsbegrenzung gilt auch gegenüber anderen Personen als dem Auftraggeber, soweit ausnahmsweise im Einzelfall vertragliche oder außervertragliche Beziehungen zwischen dem Steuerberater und diesen Personen begründet worden sind; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Eine Haftung Dritter gegenüber ist jedoch ausgeschlossen, soweit Arbeitsergebnisse des Steuerberaters ohne dessen in Textform abgegebener Zustimmung an Dritte weitergegeben werden, es sei denn, die Zustimmung hierzu ergibt sich direkt aus dem Auftragsinhalt.

d. Die Erteilung mündlicher Auskünfte gehört nicht zu den vertraglichen Hauptleistungen des Steuerberaters. Sie bergen die Gefahr insbesondere einer unvollständigen mündlichen Darlegung des zu beurteilenden Sachverhalts sowie von Missverständnissen zwischen Steuerberater und Auftraggeber. Deshalb wird vereinbart, dass der Steuerberater nur für in Textform erteilte Auskünfte einzutreten hat und die Haftung für mündliche Auskünfte des Steuerberaters oder seiner Mitarbeiter ausgeschlossen ist.

e. Sollte aus Sicht des Auftraggebers eine über diesen Betrag hinausgehende Haftung abgesichert werden, so besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten des Mandanten abgeschlossen werden kann. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen der in § 6 genannten Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – unberührt.

f. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers, mit Ausnahme solcher aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, verjähren 18 Monate ab Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis des Auftraggebers von den Ansprüchen, spätestens aber 5 Jahre nach der Anspruchsentstehung. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

g. Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt nicht für die Fälle des Art. 82 und Art. 26 Abs. 3 DSGVO.

7. Rechte und Pflichten des Auftraggebers

a. Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit dies für eine ordnungsgemäße Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Der Auftraggeber hat insbesondere dem Steuerberater ohne Aufforderung alle zur Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und rechtzeitig zu übergeben, damit dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Mandant ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.

b. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seine Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.

c. Der Auftraggeber verpflichtet sich, die Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

d. Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation/Anwendung der Programme nachzukommen. Darüber hinaus ist der Auftraggeber berechtigt und verpflichtet, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu vervielfältigen. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.

e. Unterlässt der Auftraggeber eine ihm obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, ist der Steuerberater berechtigt, eine angemessene Frist mit der Erklärung zu bestimmen, dass er die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnt. Nach erfolglosem Ablauf dieser Frist kann der Steuerberater den Vertrag fristlos kündigen. Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens. Das gilt auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht

8. Vergütung und Abrechnung

- a. Die Vergütung erfolgt monatlich auf Basis der tatsächlich erbrachten Leistungen. Maßgeblich sind die im Angebot angegebenen und bezuschlagten Preise.

Die Rechnungsstellung hat getrennt nach den folgenden Leistungsbereichen zu erfolgen:

- Lohnbuchhaltung
- Steuerrechtliche Beratung

Der Auftragnehmer hat die abgerechneten Leistungen nachvollziehbar nachzuweisen.

b. Lohnbuchhaltung

Die Vergütung der laufenden Lohn- und Gehaltsabrechnung erfolgt auf Basis der tatsächlichen Anzahl der im jeweiligen Abrechnungsmonat betreuten Mitarbeitenden.

Zusätzliche Leistungen der Lohnbuchhaltung, insbesondere die Einrichtung von Lohnkonten, die Erstellung von Arbeitsbescheinigungen, Entgeltersatzleistungen, A1-Bescheinigungen sowie sonstige abrechnungsbezogene Leistungen, werden auf Grundlage der im Angebot angegebenen Einzelpreise vergütet.

Sofern im Angebot Staffelpreise für die laufende Lohn- und Gehaltsabrechnung angegeben wurden, gelten diese entsprechend der jeweils erreichten Mitarbeitendenzahl.

c. Steuerrechtliche Beratung

Leistungen der steuerrechtlichen Beratung werden auf Grundlage der im Angebot angegebenen Stundensätze vergütet.

Die Abrechnung erfolgt auf Basis der tatsächlich erbrachten und nachgewiesenen Beratungsleistungen.

d. Abrechnungsmodalitäten

Die Abrechnung erfolgt monatlich, jeweils zum Monatsende

Alle Leistungen sind durch geeignete Leistungsnachweise zu dokumentieren (z.B. Stundenaufstellungen, Tätigkeitsnachweise)

Eventuelle Reise- und Nebenkosten sind nur erstattungsfähig, wenn vorab beauftragt und belegbar nachgewiesen (gemäß BRKG oder vergleichbar)

- e. Leistungen des Steuerberaters, die über die laufende Beratung hinausgehen (z.B. Sondergutachten), müssen vorab vom Auftraggeber in Textform freigegeben werden.

9. Vertragslaufzeit

- a. Dieser Vertrag tritt mit Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien in Kraft und wird zunächst für eine Laufzeit von 24 Monaten geschlossen.
- b. Für den Auftraggeber besteht die Option, den Vertrag zweimal um jeweils zwölf Monate zu verlängern.
- c. Zur Vermeidung von Rechtsverlusten des Auftraggebers sind im Falle der außerordentlichen Kündigung des Vertrags durch den Steuerberater noch diejenigen Handlungen vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden (z. B. Fristverlängerungsantrag bei drohendem Fristablauf). Für diese Handlungen haftet der Steuerberater gem. Ziffer 4.

10. Abwicklung des Vertrags

- a. Der Steuerberater ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält bzw. erhalten hat und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben.
- b. Außerdem ist der Steuerberater verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Informationen zu geben, auf Verlangen Auskunft über den Stand der Angelegenheit zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.
- c. Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die bei ihm zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. von der Festplatte zu löschen.
- d. Bei außerordentlichen Kündigung des Vertrags durch den Steuerberater kann der Mandant jedoch die Programme für einen noch zu vereinbarenden Zeitraum zurückbehalten, soweit dies zur Vermeidung von Rechtsnachteilen unbedingt erforderlich ist.
- e. Nach Beendigung des Mandatsverhältnisses sind die Unterlagen auf Kosten des Auftraggebers von diesem beim Steuerberater abzuholen.
- f. Der Steuerberater stellt sicher, dass alle für die Auftragsdurchführung eingesetzten Mitarbeitenden – insbesondere die persönliche Ansprechperson sowie alle Fachkräfte in der Lohn- und Gehaltsabrechnung sowie der steuerlichen Beratung – über Deutschkenntnisse auf muttersprachlichem Niveau (C2) verfügen.
- g. Der Auftraggeber kann bei Bedarf die Sprachkompetenz im Rahmen eines Einführungsgesprächs oder im Verlauf der Vertragsdurchführung prüfen. Sollte die Sprachkompetenz einer eingesetzten Person nicht den Anforderungen entsprechen, kann der Auftraggeber den Austausch dieser Person verlangen.
- h. Der Steuerberater stellt sicher, dass alle für die Auftragsdurchführung eingesetzten Mitarbeitenden – insbesondere die persönliche Ansprechperson sowie alle

Fachkräfte in der Lohn- und Gehaltsabrechnung sowie der steuerlichen Beratung – über ausreichende Kenntnisse der für die Auftragsausführung relevanten deutschen Gesetze und Regelwerke verfügen.

i. Dies umfasst insbesondere Kenntnisse im Arbeitsrecht, Sozialversicherungsrecht, Steuerrecht sowie Handelsrecht.

j. Der Auftraggeber kann bei Bedarf die fachlichen Kenntnisse im Rahmen eines Einführungsgesprächs oder im Verlauf der Vertragsdurchführung überprüfen. Sollten die erforderlichen Kenntnisse bei einer eingesetzten Person nicht vorliegen, kann der Auftraggeber den Austausch dieser Person verlangen. Diese Anforderung ist während der gesamten Vertragslaufzeit einzuhalten.

11. Aufbewahrung, Herausgabe und Zurückbehaltungsrecht von Arbeitsergebnissen und Unterlagen

a. Der Steuerberater hat die Handakten für eine Dauer von zehn Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren.

b. Die Aufbewahrungspflicht erlischt bereits vor Beendigung dieses Zeitraums, wenn der Steuerberater den Auftraggeber schriftlich dazu aufgefordert hat, die Handakten abzuholen bzw. in Empfang zu nehmen, und zwar mit Ablauf von sechs Monate nach Abgabe der Aufforderungserklärung des Steuerberaters.

c. Zu den Handakten im Sinne dieser Vorschrift gehören alle Schriftstücke, die der Steuerberater aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder von Dritten für ihn erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Briefwechsel zwischen dem Steuerberater und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat, sowie für die zu internen Zwecken gefertigten Arbeitspapiere.

d. Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens nach Beendigung des Auftrags, hat der Steuerberater dem Auftraggeber die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

12. Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Arbeitsergebnisse und Unterlagen

a. Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten oder dies im Wege der elektronischen Datenverarbeitung vornehmen.

b. Der Steuerberater kann die Herausgabe der Dokumente verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist (§ 66 Abs. 3 StBerG). Hinsichtlich der Arbeitsergebnisse gilt ein vertragliches Zurückbehaltungsrecht als vereinbart.

13. Leistungsort

- a. Die Leistungen sind grundsätzlich remote zu erbringen. Persönliche Termine (z. B. zur Jahresbesprechung oder bei Prüfungen) finden, wenn notwendig, in der Regel am Sitz des Auftraggebers in Berlin statt. Persönliche Termine finden nur statt, soweit dies für die Leistungserbringung erforderlich ist.
- b. Reisekosten des Steuerberaters werden vom Auftraggeber nur, wenn vorab beauftragt, erstattet.

14. Schlussbestimmungen

a. Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Berlin.

b. Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung bzw. der Ort der weiteren Beratungsstelle des Steuerberaters.

c. Falls einzelne Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

d. Soweit AGB-Klauseln unwirksam sind, tritt an deren Stelle die einschlägige gesetzliche Bestimmung (§ 306 Abs. 2 BGB).

e. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Textform.

Ort, Datum / Place, Date

Steuerberater

Berlin,

Ort, Datum / Place, Date

DigitalService GmbH des Bundes
vertreten durch / represented by
Anja Theurer (CFO) & Lisa Schönfelder ppa.
(Head of Finance & Procurement)